

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Mittwoch den 13. April 1932
Nummer 86

Der Zweck der tollen Lügen- und Hetzkampagne der „Volkszeitung“

KPD auf dem Weg zur Hitler-Koalition!

Grenzenlose Demagogie und strubbellose Lügen sollen die Arbeiterchaft verwirren und das Bündnis mit Hitler vereiteln. Antwortet mit der Verbreiterung und Festigung der roten Einheitsfront zum Kampf um Arbeit, Lohn und Brot. Mobilisiert zum roten Volksentscheid für den Sturz der Schiedsregierung und für Auflösung des Landtages

Am 17. April stimmen alle Werkstätigen mit: Ja!

Die sozialdemokratische Presse überläßt sich in ihrer Stimmerei für Hindenburg. Der Zweck ist klar, die Millionen sozialdemokratischen Arbeiter, die mit tausendfältigen Tausendstücken der Illusion der „eijernen“ Front für den fallenden Reichsmarschall an die Urne gebracht wurden, sollen auch über den Weg zum Programm der Hindenburg und Brüning gebunden werden und damit die Massenbasis bilden, die der Sozialfaschismus für seine Tolerierung braucht, die über Hindenburg zu Hitler geht, die Verwirklichung der faschistischen Kapitalistatur zum Zweck der Verwirklichung des Reichslandes ermöglicht.

In Hamburg das Einverständnis der SPD mit einer solchen Regierung erklärt hat, will jetzt nach der großen Scheinaktion gegen die Berliner Nazis einen zweiten Trick durchführen, um den Arbeitern erneut vorzuführen, als sei er und seine Partei das Bollwerk gegen Faschismus.

SPD-Verbot für Regierungsfähigkeit

Unsere Zeitung hat vor einer Woche vertrauliche Informationen aus dem Parteiausschuh der SPD veröffentlicht, denen, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Brünning-Grüner-Regierung von einem Verbot der SPD Abstand genommen habe, obwohl seit Januar genügend Belästigungsmaterial vorliegt. Wie wir erfahren, ist in letzter Zeit in den Reihen der Zentralführung die Meinung verläßt worden, ein Verbot der SPD auszusprechen. Der Prälat Dr. Kaas hat ein Schreiben mit dieser Forderung an den Reichsfänger Brüning geschickt. Das Zentrum will durch ein Verbot der SPD die

Nazipartei „regierungsfähig“ machen und sie in kurzer Zeit in die Reichsregierung sowie in die Länderregierungen einbeziehen. Auf Grund dieses Umstandes will Severing die SPD noch vor den Neuwahlen verbieten, um seiner Partei einen Wahlsieg zu geben. Auf der anderen Seite kommt es da-

Bresdens Rat plant:
Riesengeschenk an Nazi-Bührer
Näheres darüber siehe im Inneren des Blattes

mit dem regierungsfähigen Hitler entgegen, der auf seinem künftigen Weg zu den Zustiegen des Staates die SPD als unbrüchigen Stützpunkt sieht, der mit seinem Regierungsfars nicht einverstanden ist. Auf der anderen Seite aber hilft die SPD den Nazis damit bei der Wahl, wenn die Empörung über

Hungermärsch der Erwerbslosen für Dresden verboten!

Das Volkspräsidium teilt dem Erwerbslosenausschuh Dresden folgendes mit:

„Die mit Schreiben vom 11. d. M. angemeldeten Umzüge, bei denen es sich nach einer Notiz der „Arbeiterstimme“ Nr. 78, vom 4. April, um einen sogenannten Hungerumzug handelt, werden hiermit auf Grund des § 1, Absatz 1, sowie der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931, verboten, weil den Umständen nach zu befürchten ist, daß dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

Verbote, Versammlungsverhänge, Verhaftungen, Versammlungsausschließungen und andere Unterdrückungsmassnahmen der Dresdener Polizei der Schiedsregierung gegen in den letzten Tagen nur so auf die revolutionäre Arbeiterchaft Dresdens nieder.

Jetzt soll sogar den Erwerbslosen das Recht genommen werden, auf der Straße ihren Hunger, ihre Not und ihr Elend zu demonstrieren, weil dadurch die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

In all diesen Verbots- und Unterdrückungsmassnahmen, die durch das Verbot des Hungermärsches der Erwerbslosen aus neue getrieben werden, zeigt sich die fortschreitende Faschisierung des bürgerlichen Staats- und Machtapparates in Sachsen. Gleichzeitig kommt aber auch darin die Unfähigkeit und Verfaultheit des maroden kapitalistischen Systems zum Ausdruck, das nicht mehr imstande ist, seinen Arbeitslosen Lohn und Brot zu geben und sie mit diesen Gewaltmitteln niederhalten will.

Mit Verbots- und Unterdrückungsmassnahmen lassen sich Hunger, Not und Elend ebensowenig beseitigen, wie der revolutionäre Kampf der Arbeiter um ihre Existenz dadurch aufgehoben werden kann. Im Gegenteil, die Arbeiterchaft in den Betrieben und auf den Stempelstellen wird gerade aus diesen Massnahmen der Schieds-Polizei die Lehre geben, sich noch lester zum Kampf gegen die Befestigung der Erwerbslosenfürsorge, für Arbeit und Brot, gegen die Lohnkürzungen der Unternehmer und für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zusammenzuschließen.

Darüber hinaus müssen die Arbeiter in den Betrieben und die Erwerbslosen an den Stempelstellen in Versammlungen

gegen die faschistischen Unterdrückungsmassnahmen der Dresdener Schieds-Polizei Protest erheben und dafür sorgen, daß am 17. April zum roten Volksentscheid jeder Arbeiter mit Ja stimmt.

Die Polizei für alle ist: Flugweg mit dieser Schieds-Regierung, Flugweg mit diesem Landtag!

Schieds-Polizei löst Versammlung des Kampfbundes auf!

Eine unerhörte Volksverprovokation. Die Arbeiter dürfen sich nicht gegen faschistischen Mord wehren

Der Kampfbund gegen den Faschismus führte gestern im „Dreifaltigkeitshof“ eine gutbesuchte öffentliche Versammlung zum roten Volksentscheid durch. Redner war der Reichsführer Kamerad Schaller, Berlin. Als der Redner einleitend ausführlich auf die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, Kriegsproduktion und Kriegstransporte in Deutschland einging und laute Kampfmassnahmen der Arbeiterchaft zum Kampf gegen die imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion aufrief, wurde er schon von der den Saal überwachenden Kriminalpolizei verwarzt.

Als Genosse Schlatter dann über den mächtigsten Umwehrkampf der Arbeiterchaft gegen den faschistischen Mordterror sprach, lösten die Kriminalkommunisten Röhler und Neubert die Versammlung auf. Volksturnhalle räumte den Saal.

Charakteristisch ist, daß die Polizei die Versammlung in dem Augenblick auflöste, als Kamerad Schlatter von der Herstellung der proletarischen Einheitsfront, vom Kampfbündnis mit den SPD- und Reichsbannerarbeitern sprach. Daraus muß die Arbeiterchaft die Lehre ziehen, jetzt muß in der Tat die rote Einheitsfront zum Umwehrkampf gegen den nationalfaschistischen Mordterror in den Betrieben an den Stempelstellen und überall noch lester geschmiedet werden. Und am 17. April, am Tage des roten Volksentscheides zum Sturz der Schiedsregierung und zur Auflösung des sächsischen Landtages, stimmt jeder Arbeiter und Werkstätige mit „Ja“.

Das ist der Sinn jener maßlosen Übertreibung des Umstandes, daß proletarische Arbeiter an der Peripherie der kommunistischen Bewegung unruhig geworden und der Kräftefeldern, von den Illusionen des Finanzkapitals, industriellen Arbeiterchaft der Hitler- und Hindenburgfront zum Opfer gefallen sind, die trügerischen Annahme, die Entwicklung der Auseinandersetzungen zwischen den Klassen durch den Stimmzettel zu beherrschen bzw. leichter durchzuführen zu können.

Wahr die Entwicklung nicht nicht stehen. Am kommenden Sonntag ist roter Volksentscheid in Sachsen und deshalb liegt es Kern der wütenden Lügenkampagne der faschistischen SPD-Presse in dem Verbot, auch am 17. April die Arbeiter vor den Karren der Schiedsregierung zu spannen.

Um uns die „Gemeinsamkeit“ mit den hitlerischen Nationalsozialisten „nachzuweisen“, brachte die Volkszeitung eine Werbung vorwärts, daß in Blankenburg in Braunschweig kommunistische Funktionäre scharenweise zu den Nazis übergetreten seien. Auch viele Werbung ist von Anfang bis Ende erfunden und erlogen, denn nach Rückfrage bei den Blankenburger Genossen ist alles falsch.

Nicht ein einziger kommunistischer Funktionär ist zu Hitler übergetreten. Die ganze Ortsgruppe Blankenburg steht, ebenso wie die übrigen Braunschweiger Parteigruppen, treu zur kommunistischen Partei.

Im Schatten der Hitlerkoalition

Unter dem Bild auf den roten Volksentscheid brachte die Dresdener SPD-Zeitung einen Artikel Föschels mit der Überschrift: „Der kommunistische Vormarsch aufs Dritte Reich“, um den Eindruck dieser außerparlamentarischen Kampagne der Massenbewussten Arbeiterchaft gegen die faschistische Brüning-Regierung zu müttern. Zur selben Zeit aber geht die Arbeiterchaft von KPD und Nazis. Zur selben Zeit aber geht die Arbeiterchaft im Reich und in den Ländern immer offensichtlicher auf die Hitlerkoalition und ihrer Tolerierung durch die sozialdemokratischen Führer.

Die SPD hat im Kettelausschuh des Reichstages am 28. kommunistischen Antrag zu Fall gebracht, den Reichstag am 28. April einzuberufen. Zur selben Zeit wird gemeldet, daß der Reichstag für Mai zusammenzurufen, weil man dann hofft, nach der Klärung durch die Wahl zu den Landesparlamenten auch die Vorarbeiten für die Erweiterung der Regierung und Einberufung der Reichsversammlung erledigt zu haben. Und Severing, der bereits

Heute 20 Uhr 4 große Massen-Versammlungen:

Es sprechen: Fritz Seibmann im „Sächsischen Wolf“, Freital; Karl Ferlemann im Gasthof Brockw. z; Gertrud Keller in der „Constentia“, Dresden-Cotta; Paul Jäkel in Schwepnitz
Arbeiter, Arbeiterfrauen, Jungarbeiter, Angestellte und Beamte erscheint restlos in diesen Versammlungen. Holt euch Aufklärung über den roten Volksentscheid